

Palästina-Komitee 23.12.23 – Rede zur Gedenkveranstaltung

Liebe Freundinnen und Freunde, liebe Teilnehmende an der Kundgebung,

Mehr als 20.000 Tote, und schon mehr als 53.000 Verletzte, wie viele Tausende sich noch unter den Trümmern der von der israelischen Armee bombardierten Häuser befinden lässt sich nur schätzen. Die übergroße Mehrheit der Toten und Verletzten, 70 %, sind Zivilist:innen, meist Frauen und Kinder. Tagtäglich sind seit dem 7. Oktober etwa 300 Menschen von der israelischen Armee getötet worden (mit Ausnahme der wenigen Tage des Waffenstillstands). Das sind in 3 Monaten deutlich mehr getötete Zivilist:innen als etwa im Ukraine-Krieg, der im kommenden Februar 2 Jahren andauert.

Die Nachrichten, die wir aus Gaza erhalten sind auch sonst ungeheuerlich. Fast alle Menschen dort befinden sich auf einer ständigen Flucht vor den Bombardierungen. Weit mehr als die Hälfte der Wohnungen im Gazastreifen sind zerstört, das gilt auch für Infrastruktur, die Hälfte der Bevölkerung im Gazastreifen leidet unter schwerem Hunger und fast alle 90% müssen häufig ohne jegliche Nahrung durch den Tag kommen.

Nur 10 % der Nahrung, die die 2,2 Mio. Menschen im Gazastreifen benötigen wird, ist in den vergangenen 70 Tagen von der israelischen Armee in den Gazastreifen gelassen worden.

Und die israelische Armee führt nicht nur in Gaza Krieg gegen die Palästinenser:innen, in der Westbank, wo keine Hamas in der politischen Führung sitzt, sind seit dem 7. Oktober 2023 fast 300 Palästinenser:innen, davon 75 Kinder von der israelischen Besatzungsarmee getötet worden. Insgesamt sind es etwa 500 Tote.

Wir trauern heute um diese Opfer des brutalen Krieges., den die israelische Regierung gegen die Zivilbevölkerung in Gaza, aber auch im übrigen Palästina führt. Wir trauern und wir protestieren. Die israelische Kriegsführung zeigt klar und deutlich, hier geht es nicht um die Bekämpfung der Hamas oder gar um die Sicherheit einer israelischen Zivilbevölkerung. Hier geht es um eine weitere großen ethnischen Säuberung des Gazastreifens und um regelrechten Genozid. Der israelische Armeesprecher Daniel Hagari hat klar und deutlich die Kriegsführung charakterisiert. Er sagt: Der Schwerpunkt liegt auf dem Schaden und nicht auf Genauigkeit. Genozid Das ist keine propagandistische Übertreibung, dieser Begriff für den israelischen Krieg in Gaza ist gut belegt. schon seit Oktober weisen UN_Vertreter sowie zahlreiche Rechtswissenschaftler und andere Experten auf dieses Völkerrechtsverbrechen durch den israelischen Staat an der palästinensischen Bevölkerung hin.

Wir trauern und wir protestieren, denn verantwortlich für die humanitäre Katastrophe im Gazastreifen ist nicht nur die weit rechts stehende israelische Netanjahu-Regierung mit ihren faschistischen Ministern Ben Gvir und Bezalel Smotrich. Verantwortlich dafür sind auch die engen Verbündeten und Stützen des siedlerkolonialistischen Apartheid-Staat Israel, die USA und ganz wesentlich die deutsche Bundesregierung. Ohne deren intensive militärische Hilfe und diplomatische Unterstützung wäre dieser völkermörderische Krieg des Staates Israel gegen die Palästinenser:innen gar nicht möglich.

Deutschland hat im Jahr 2023 seine Waffenlieferungen an den Staat Israel fast verzehnfacht. Und zu diesen Waffen gehören Kampfdrohnen sowie offensichtlich auch schwere Artilleriegeschosse, die von Rheinmetall hergestellt werden und nach dem Völkerrecht überhaupt nicht in einem dicht besiedeltem Gebiet wie dem Gazastreifen eingesetzt werden dürften.

Bis heute und eben auch angesichts der deutlich sichtbaren humanitären Katastrophe im Gazastreifen sowie zahlreichen von Amnesty-International klar nachgewiesenen Kriegsverbrechen, verteidigt die Bundesregierung den israelischen Krieg als Kampf gegen Terror. Bis heute wehrt die deutsche Regierung mit dieser offensichtlich unhaltbaren Argumentation die Forderung nach einem Waffenstillstand ab, der unter anderem immer wieder von verschiedenen Seiten in der UNO gefordert wird.

Gleichzeitig verschärft die Bundesregierung die Repression gegen die Kritiker:innen der israelischen Unterdrückungspolitik ständig. Vor allem Migrant:innen sind betroffen von einer Politik die Kritik an der israelischen Regierung mit Antisemitismus und gleichsetzt und die die von Menschenrechtsorganisationen sowie Wissenschaftlern gut belegte Aussagen wie Apartheidstaat Israel oder Genozid kriminalisiert. Migrant:innen werden für steigenden Antisemitismus verantwortlich gemacht. Mit dieser gefährlichen Verdrehung des Antisemitismusvorwurfes spielt die Bundesregierung den wirklichen Antisemiten und Rassisten in die Hände. Sie fördert mit dieser Propaganda die extrem rechten Kräfte von AFD & Co., die für rassistische Gewalttaten in Deutschland, auch für die gegen Jüdinnen und Juden, zu fast zu 100 Prozent verantwortlich sind. Demonstrationen und Kundgebungen stehen unter Generalverdacht, und das in einer Situation, in der Palästinenser:innen in Deutschland um ihre Angehörigen bangen müssen.

Doch wir lassen uns nicht einschüchtern. Und wir sind mit unseren Demonstrationen und Kundgebungen nicht allein. Von den Hafenarbeitern im italienischen Genua, die sich weigern Waffen für den Staat Israel zu verladen bis zur Jewish Voice for Peace in den USA, die zum jüdischen Hannukah-Fest Brücken und Straßen in den USA blockierte, wir alle fordern das sofortige Ende des Krieges gegen die Bevölkerung des Gazastreifens. Der Kampf um Befreiung der Palästinenser:innen von Siedlerkolonialismus und Apartheid ist ein Kampf in Solidarität mit den internationalen Bewegungen gegen kolonialistische und rassistische Unterdrückung.

Auch an den Weihnachtsfeiertagen bleiben wir nicht ruhig angesichts des fürchterlichen israelischen Bombardements

Wir fordern:

Einen sofortigen Waffenstillstand und Stopp des Krieges gegen die Zivilbevölkerung im Gazastreifen

Für ein Waffenembargo und den sofortigen Stopp der deutschen Waffenlieferungen an Israel

Free free Palestine

Hoch die Internationale Solidarität